

XXIII. GP.-NR  
643 J  
11. April 2007

## Anfrage

**der Abgeordneten Josef Muchitsch  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Finanzen**

### **betreffend Schwarzarbeit**

Das Regierungsprogramm verspricht einen umfassenden Maßnahmenkatalog für den Kampf gegen das Schwarzunternehmertum. Langjährige Forderungen der Gewerkschaft Bau-Holz, aber auch der Bau-Arbeitgeber sollen nun endlich aufgegriffen werden. Jährlich werden Millionen von Euro „schwarz“ erwirtschaftet. Es fehlen damit nicht nur Sozialversicherungsbeiträge, sondern es gehen auch zahlreiche legale Arbeitsplätze verloren. Die angekündigten Maßnahmen müssen daher raschestmöglich und ohne „Verwässerungen“ umgesetzt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen

### **Anfrage:**

1. Wieviel wurde in Österreich im vergangenen Jahr „schwarz“ erwirtschaftet?
2. Wieviel ist der österreichischen Sozialversicherung und der Finanz durch Schwarzunternehmer im vergangenen Jahr an Beiträgen und Steuern entgangen?
3. Warum wurden die nun versprochenen Maßnahmen gegen Schwarzunternehmertum (Generalunternehmerhaftung, Kontrolle neuer Bauunternehmen, Anmeldung zur GKK vor Arbeitsbeginn,...) trotz oftmaliger Aufforderung seitens der Gewerkschaft Bau-Holz und anderer Institutionen nicht schon viel früher gesetzt, obwohl die daraus entstehenden Probleme bekannt waren?
4. Wird es eine personelle Aufstockung der Kontrollbehörden, vor allem der KIAB, geben? Wird die SEG erhalten bleiben?
5. Welche Auswirkungen sind durch die Aufteilung der KIAB auf regionale Finanzämter zu erwarten?
6. Wie werden ausreichende Kontrollen sichergestellt?
7. Ist eine Vernetzung der Behörden zur besseren Kontrolle des Schwarzunternehmertums vorgesehen? z.B. kann die KIAB auf alle Daten der Sozialversicherung zugreifen (insbes. auf Beschäftigungsdaten der Betriebe).

8. Wird es nachvollziehbare Aufzeichnungspflichten zur effizienten Bekämpfung des Schwarzunternehmertums geben?
9. Ist eine Erhöhung des Strafrahmens geplant? Wird es auch Gefängnisstrafen geben?
10. Wird es ein Klagsrecht für Interessenvertretungen geben?
11. Wie viele Anklagen sind aufgrund von Sozialbetrugsdelikten bis dato österreichweit erfolgt?  
Wie viele Verurteilungen gibt es bis jetzt?
12. Werden Strafen auch in der gesamten EU exekutierbar sein?
13. Gibt es Bestrebungen, endlich österreichweit einheitliche und wirkungsvolle Strafen bei den Bezirksverwaltungsbehörden einzuführen?

